

# à propos

Das  
Friedensmagazin  
von KOFF



## Waffenhandel : Kontroversen und Perspektiven

swiss  
peace

Schweizerische Friedensstiftung  
Fondation suisse pour la paix  
Fondazione svizzera per la pace  
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

---

Waffenexport: ein hoch politisches Thema in der Schweiz

---

2

dossier

---

In Honduras sind Waffen allgegenwärtig

---

Daten und Analysen: die Schlüssel für den Umgang mit Waffengewalt

---

Einsatz für die Kontrolle des Waffenhandels seit 1945

---

Dem Schweizer Kriegsmaterialexport ein Ende setzen

---

Die Grauzone der Munition

---

Das Engagement der Schweiz für einen verantwortungsvollen internationalen Waffenhandel

---

Der Waffenhandelsvertrag und die Schweiz: Ein humanitärer Meilenstein?

---

Der Waffenhandelsvertrag aus feministischer Sicht

---

3

erfahren  
sie mehr  
darüber

---

Mapping Arms Data: Visualisierung des weltweiten Waffenhandels

---

Datenbank zu ATT-relevanten Aktivitäten

---

Der Schweizerische Kriegsmaterialexport auf dem Prüfstand

---

4

aktuell

---

swisspeace / KOFF

---

Trägerorganisationen

---

Internationale Partnerorganisationen

---

5

agenda

---

Bevorstehende Veranstaltungen

---

## editorial

Die neusten Zahlen zu den weltweiten Waffenverkäufen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) haben dieses Jahr wiederum zu zahlreichen Reaktionen und Polemiken in der Schweiz und im Ausland geführt. Die einen verteidigen die wirtschaftlichen Interessen oder weisen auf die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen hin. Andere stellen die Friedensförderung und den Schutz der Menschenrechte ins Zentrum und betonen die katastrophalen Konsequenzen, die rechtswidrige Waffenexporte in vielen Ländern haben können. Die lebendigen und kontroversen Debatten zu den Kriegsmaterialexporten zeugen jedoch von einer funktionierenden Demokratie.

Diese Ausgabe analysiert die Polemik zum Thema Waffenhandel und untersucht die Rolle der Schweizer Zivilgesellschaft. Sie soll sich aktiv engagieren: Sei dies in Projektländern, in der Schweiz oder auf der internationalen Ebene kann sie die Situation analysieren, darüber Bericht erstatten und die Meinungsbildung fördern. Schlussendlich sollte das Ziel sein, die nationalen und internationalen Rechtsvorschriften mitzugestalten. Exemplarisch sind in diesem Sinn die Aktionen, die kürzlich anlässlich der Konferenz der ATT-Vertragsstaaten von mehreren NGOs ausgeführt wurden.

Marie Seidel, Redakteurin

schwerpunkt

# Waffenexport: ein hoch politisches Thema in der Schweiz



Sudan: Ein Kind hält Geschosse in der Hand. Amnesty International Schweiz

Die Frage des Waffenexports ist in der Schweiz hoch politisch. Zwischen den Interessen der Wirtschaft, der Sicherheitspolitik und der Friedensförderung besteht ein Spannungsfeld, dem weder die Gesetzgebung noch die Aufgabenverteilung bei der Verwaltung gerecht werden. Sowohl auf der nationalen und internationalen politischen Ebene als auch in Projektländern spielt die Schweizer Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Der Austausch von Informationen über Plattformen wie KOFF trägt dazu bei, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um die Waffenexportpolitik aus friedenspolitischer Optik zu beeinflussen.

Gemäss den neuesten Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) sind die weltweiten Rüstungsverkäufe zwischen 2011 und 2015 im Vergleich zu den fünf Jahren davor um 14% gewachsen. Die Rüstungsindustrie wächst, auch Schweizer Firmen wie die bundeseigene RUAG sind daran beteiligt. Laut den Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) haben Schweizer Unternehmen 2015 Kriegsmaterial im Wert von 446,6 Millionen Franken in 71 Länder exportiert, seit dem Ende des Exportmoratoriums im April 2016 auch wieder nach Saudi-Arabien und ihm verbündete Staaten, die sich am Jemen-Konflikt beteiligen.

Der Waffenexport an andere Staaten ist hoch politisch und führt in der Schweiz zu aufgeregten Debatten im Spannungsfeld von Wirtschaft, Sicherheitspolitik und Friedensförderung. Im Zentrum steht die Einschätzung der Rechtschaffenheit von potentiellen Käufern. Zwar verfolgen alle beteiligten Akteure im Grunde das gleiche Ziel von Sicherheit, Frieden und guten Lebensbedingungen für alle. Gestritten wird aber über den besten Weg, um ans Ziel zu gelangen. Für die Rüstungsindustrie stehen wirtschaftliche Überlegungen im Zentrum. Der freie Markt, die Arbeitsplatzsicherung sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Schweiz haben dabei Priorität. VerfechterInnen einer militärischen Sicherheitspolitik vertreten die Meinung, dass Armee, Rüstungsindustrie und Waffenhandel wichtige Eckpfeiler der staatlichen Souveränität darstellen und Voraussetzungen für Stabilität und Schutz der Schweiz sind. Für die VertreterInnen der Friedensförderung in Zivilgesellschaft und Politik steht der Schutz der Menschenrechte im Zentrum der Definition von Sicherheit. Sie weisen auf die gravierenden Auswirkungen hin, wenn Schweizer Unternehmen Kriegsmaterial in Länder exportieren, die in militärischen Konflikten involviert sind, Waffen an kriegsführende Länder weiterverkaufen und sie gegen ihre eigene Bevölkerung einsetzen. In den Debatten werden diese Argumente unterschiedlich bewertet und gegeneinander abgewogen.

Gesetzlich wird der Schweizer Export von Waffen oder Kriegsmaterial mit dem Kriegsmaterialgesetz und dem Güterkontrollgesetz reguliert. Das Kriegsmaterialgesetz soll durch die Kontrolle der Herstellung und des Transfers von Kriegsmaterial die internationalen Verpflichtungen der Schweiz erfüllen und ihre aussenpolitischen Grundsätze wahren. Gleichzeitig soll aber eine gewisse Kapazität in der Rüstungsindustrie aufrechterhalten werden, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Der gesetzliche Interpretationsspielraum entspricht demnach dem Spannungsfeld, in dem friedens- und sicherheitspolitische Entscheidungen gefällt werden.

Begriffliche Eigenheiten der Gesetzgebung sowie technologische Weiterentwicklungen führen zu kontroversen Diskussionen. So macht die Schweiz einen Unterschied zwischen Kriegsmaterial und „besonderen militärischen Gütern“. Diese Güter unterstehen nicht den strengen Ausfuhr- und Bewilligungspflichten des Kriegsmaterialgesetzes, sondern den schwächeren Regeln des Güterkontrollgesetzes. Lediglich Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die nicht auch zivil verwendbar sind, unterstehen dem Kriegsmaterialgesetz. Die technologischen Entwicklungen haben das Potential erhöht, dass zivile Güter umgerüstet und militärisch genutzt werden. Über die Nutzung dieser sogenannten Dual-Use-Güter entscheiden letztendlich aber die Käufer. Nachträgliche Kontrollbesuche durch die Schweizer Behörden zur Überprüfung der Verwendung sind über eine Nichtwiderausfuhrerklärung möglich. Diese soll garantieren, dass Waffen nicht an Drittstaaten verkauft werden, die diese gegen die Zivilbevölkerung einsetzen. Vertraglich

kann sie allerdings nur bei Waffen vereinbart werden. Die Umsetzung des Waffenhandelsvertrags (Arms Trade Treaty, ATT) Ende 2014 hat den relativ strikten gesetzlichen Rahmen zusätzlich geschwächt.

Das Bewilligungsverfahren im Waffenexport ist zudem komplex. Grundsätzlich entscheidet das SECO über die Bewilligungen von Kriegsmaterialexporten. Die Expertise zur Beurteilung der menschenrechtspolitischen Situation im Empfängerstaat hat aber das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Kommen verschiedene Bundesämter zu unterschiedlichen Beurteilungen, kann das SECO die Geschäfte dem Bundesrat vorlegen. Da die gesetzlichen Vorschriften für solche Abklärungen jedoch einen grossen Spielraum für Interpretation und Gewichtung zulassen, besteht das Risiko, dass sich Partikularinteressen durchsetzen.

Die Schweizer Zivilgesellschaft übernimmt deshalb in dieser Frage wichtige Funktionen: Organisationen der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit oder der Friedensförderung erleben vor Ort täglich die Folgen der Präsenz von Waffen sowie deren Auswirkungen auf die Bevölkerung. Sie haben vertieften Einblick und können mit Zahlen und Fakten die Situation dokumentieren. Auf solche Schlüsselinformationen können die Organisationen, die sich in der Schweiz und auf der internationalen Ebene für eine stärkere Kontrolle des Waffenhandels einsetzen, Bezug nehmen, wenn sie spezifische Kriegsmaterialexporte anprangern oder eine strikte Umsetzung der Gesetzgebung und Transparenz in der Bewilligungspraxis einfordern wollen. Dies hilft zudem, die öffentliche Meinungsbildung zu beleben.

Eine Plattform wie KOFF bietet für diese vielfältigen Akteure eine wertvolle Möglichkeit, solche Themen zu diskutieren. In den Debatten zu Themen wie Waffenhandel und seiner friedenspolitischen Relevanz können, trotz konträrer Haltungen, Erfahrungen ausgetauscht und die unterschiedlichen Haltungen und Strategien reflektiert werden. Dies ist Abbild einer lebhaften Demokratie. KOFF trägt auch dazu bei, das Silo-Denken zu durchbrechen und eine kohärente Friedenspolitik zu stärken, welche die Menschenrechte ernst nimmt. Denn gemeinsam entwickelte Lösungsansätze haben grösseres zielführendes Potential, die Waffenexportpolitik zu beeinflussen.

#### [swisspeace](#)

Annemarie Sancar

[annemarie.sancar@swisspeace.ch](mailto:annemarie.sancar@swisspeace.ch)

Senior Program Officer, Policy & Platform

#### [links](#)

- [swisspeace: Policy & Plattform](#)
  - [Medienmitteilung des SIPRI, 22. Februar 2016 \(auf Englisch\)](#)
  - [Medienmitteilung des SECO zu Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2015, 23. Februar 2016](#)
  - [Bundesgesetz über das Kriegsmaterial](#)
  - [Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, besonderer militärischer Güter sowie strategischer Güter](#)
  - [Vollständiger Text des Waffenhandelsvertrags \(auf Englisch\)](#)
-

# In Honduras sind Waffen allgegenwärtig



Der Eingang zu Restaurant El Morito in Tegucigalpa, Honduras. Peace Watch Switzerland

Schon bei der morgendlichen Joggingrunde in einem kleinen, öffentlichen Park in Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, treffe ich auf zwei schwer bewaffnete, junge Soldaten mitten im Park, die diesen bewachen. In Honduras sind Schusswaffen allgegenwärtig. Sie werden als wichtiges Instrument der Selbstverteidigung und der persönlichen Sicherheit angesehen. Gemäss dem Gesetz zur Kontrolle von Feuerwaffen, Munition und Sprengstoffen ist jede in Honduras lebende und mündige Person berechtigt, fünf Schusswaffen zu registrieren. ParlamentarierInnen, RichterInnen, StaatsanwältInnen und Mitglieder des diplomatischen Korps dürfen sogar lizenzfrei Schusswaffen besitzen. Bei der vorherrschenden Straflosigkeit, einem hohen Mass an Korruption sowie dem illegalen Waffenschmuggel aus dem benachbarten El Salvador, Guatemala und den USA, ist die Überwachung des Gesetzes jedoch schwierig und der illegale Waffenbesitz weitverbreitet. Von den zwischen 2008 und 2015 registrierten 48'094 Mordfällen wurden rund vier Fünftel mit Schusswaffen verübt.

Die starke Militarisierung des Landes mündet in einer Omnipräsenz nicht nur der bewaffneten Polizei, sondern auch des bewaffneten Militärs. Zusätzlich stehen vor Läden, Einkaufshäusern, grossen Hotels, Banken und teils auch Privathäusern bewaffnete, private Sicherheitsleute. Aus diesen Gründen sind im öffentlichen Raum die Schilder „Waffen verboten“ regelmässig anzutreffen, im Schwimmbad wie auch in Bars.

Sogar MenschenrechtsverteidigerInnen können teilweise bewaffnet sein. Internationale Menschenrechtsbeobachtende wie diejenigen von Peace Watch Switzerland begleiten

gemäss den Prinzipien des Nichteinmischens, der politischen Unabhängigkeit und der Gewaltlosigkeit jedoch keine bewaffneten MenschenrechtsverteidigerInnen. Für die Beobachtenden besteht die Schwierigkeit darin, dies zu kontrollieren und in ländlichen Gebieten zu erklären. Indes besteht ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass MenschenrechtsverteidigerInnen zukünftig mit weniger Angst vor Waffengewalt arbeiten können: Eine anstehende Diskussion im Parlament über eine Revision des Waffenkontrollgesetzes könnte der Anstoss für ein Umdenken in der Gesellschaft zum Gebrauch der Waffen sein.

#### [Peace Watch Switzerland](#)

Angela Escher

Ehemalige Menschenrechtsbegleiterin in Honduras

Marianne Widmer

[pwsgl@peacewatch.ch](mailto:pwsgl@peacewatch.ch)

Geschäftsleiterin

#### links

- [Peace Watch Switzerland](#)
- [Menschenrechtsbegleitung in Honduras: das Projekt \(auf Englisch\)](#)
- [Honduranisches Gesetz zur Kontrolle von Feuerwaffen, Munition und Sprengstoffen \(auf Spanisch\)](#)
- [Insight Crime. 80% of Homicides in Honduras Result of Gun Violence: Report. Juli 2016 \(auf Englisch\)](#)

---

dossier

# Daten und Analysen: die Schlüssel für den Umgang mit Waffengewalt

Die Weiterverbreitung und der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen sind eine ernste Bedrohung für die menschliche Sicherheit. Die unkontrollierte Verbreitung dieser Waffen hat Konflikte zwischen und innerhalb von Staaten verschärft, zu Menschenrechtsverletzungen beigetragen, politische und wirtschaftliche Entwicklungen geschwächt und Millionen Leben zerstört. Über 500'000 Menschen sterben jedes Jahr gewaltsam. Laut dem vom Small Arms Survey im Jahr 2015 publizierten Bericht „Global Burden of Armed Violence“ war in 44 % dieser Todesfälle eine Schusswaffe involviert.

Der Auftrag des Small Arms Survey ist die Gewinnung von evidenzbasiertem, objektivem und politisch relevantem Wissen über alle Aspekte von Kleinwaffen und Waffengewalt.

Small Arms Survey ist überzeugt, dass die Erarbeitung korrekter Informationen über die weltweiten Waffenströme und die zuverlässige Analyse von Ursachen und Folgen der Weiterverbreitung von Waffen den zukünftigen sicheren Umgang mit Kleinwaffen und leichten Waffen bestimmen wird.

Internationale Instrumente zur Waffenkontrolle wie das UN-Aktionsprogramm 2001 oder der Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) 2013 bieten einen rechtlichen Rahmen für Massnahmen gegen die Weiterverbreitung von Kleinwaffen und die Kriminalisierung legaler Waffen. Im September 2015 verabschiedeten die UN-Mitgliedsstaaten zudem die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin enthaltenen 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Damit unterstrichen sie die Untrennbarkeit von Frieden und Entwicklung. Die Rolle von Kleinwaffen bei der Verschärfung von Konflikten und Gewalt widerspiegelt sich in Punkt 16.4 unter SDG 16 mit dem Ziel, illegale Waffenströme zu verringern.

Die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030, einschliesslich SDG 16 über friedvolle und inklusive Gesellschaften, hängt von sektorenübergreifenden Partnerschaften ab, die RegierungsvertreterInnen, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und den Privatsektor effektiv mobilisieren. Aussichtsreiche Partnerschaften sind etwa die von der deutschen Regierung per Ende 2015 initiierte Globale Partnerschaft über Kleinwaffen (Global Partnership on Small Arms) und die „SDG 16 Data Initiative“. Der Survey stellt für beide Initiativen Daten, Analysen und Expertise über Kleinwaffen und tödliche Gewalt zur Verfügung.

### [Small Arms Survey](#)

Luigi de Martino

[luigi.demartino@smallarmssurvey.org](mailto:luigi.demartino@smallarmssurvey.org)

Operations Coordinator

### links

- [Small Arms Survey](#)
- [Geneva Declaration. The Global Burden of Armed Violence 2015: Every Body Counts. Mai 2015](#)
- [Global Partnership on small arms](#)
- [SDG 16 Data Initiative](#)

---

dossier

# Einsatz für die Kontrolle des Waffenhandels seit 1945

Der Schweizerische Friedensrat (SFR) wurde 1945 gegründet mit dem Ziel der politischen

Öffnung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Er trat sowohl für die europäische Einigung wie für den Beitritt des Landes zur UNO ein. Bald bearbeitete er viele eigene friedenspolitische Themen, darunter auch Fragen des Waffenhandels. Der SFR trat zum Beispiel dafür ein, das unter dem Vollmachtenregime im September 1944 vom Bundesrat erlassene und im Juni 1946 erweiterte Waffenausfuhrverbot aufrecht zu erhalten und in der Verfassung zu verankern.

Das Scheitern des UNO-Beitritts nach 1945 hat den sicherheitspolitischen Alleingang der Schweiz im Kalten Krieg bewirkt und damit zu einer tiefgreifenden Militarisierung geführt. Es wurden Pläne für eine Schweizer Atomwaffe und den Aufbau der Gesamtverteidigung entwickelt. Infolgedessen wurde der Widerstand gegen die totale Landesverteidigung und das Eintreten für eine offene Gesellschaft und die Menschenrechte zum Schwerpunkt des SFR. Initiativen für das Atomwaffen- und Waffenausfuhrverbot sowie die Beschränkung der Rüstungsausgaben scheiterten vorerst. Allerdings konnte, unter anderem dank des andauernden Widerstandes des SFR, der Beitritt zum Atomsperrvertrag und die Einschränkung des Waffenexports erreicht werden. Die Widerstandsbewegung konnte ebenfalls durchsetzen, dass erstmals aussagekräftige Statistiken dazu erhoben wurden. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Gesamtverteidigung sang- und klanglos beerdigt. Zugleich begründete man die staatliche Friedensförderung. Dies hat den Weg für die Schweiz geebnet, sich auf internationaler Ebene für die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels und den internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) einzusetzen.

Heute geht es beim Thema Waffenexport weniger um eine Widerstandsbewegung gegen den Staat, sondern mehr um eine Zusammenarbeit zwischen friedensfördernden Organisationen und Departementen der Bundesverwaltung. Allerdings bleiben die interessengetriebenen Fronten teilweise verhärtet.

[Schweizerischer Friedensrat](#)

Ruedi Tobler

[ruedi.tobler@friedensrat.ch](mailto:ruedi.tobler@friedensrat.ch)

Präsident

[links](#)

- [Schweizerischer Friedensrat](#)

---

dossier

# Dem Schweizer Kriegsmaterialexport ein Ende setzen



links

- [Gruppe für eine Schweiz ohne Armee](#)
- [Datenbank über die Schweizer Kriegsmaterialexporte der letzten Jahre](#)
- [Volksinitiative der GSoA zum Thema Finanzierung von Kriegsmaterial](#)
- [Medienmitteilung des SECO zu Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2015, 23. Februar 2016](#)
- [PAX, ICAN. Don't Bank on the Bomb. A Global Report on the Financing of Nuclear Arms Producers. November 2015](#)

---

dossier

# Die Grauzone der Munition

Neben der humanitären Minenräumung und der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels misst die Schweiz der sicheren und gesicherten Lagerung und Verwaltung von Munition eine besondere Bedeutung zu. Diese spricht zwei Aspekte an: Die gesicherte Lagerung und Verwaltung verhindert die unkontrollierte Weiterverbreitung von Munition, welche bewaffnete Konflikte, organisierte Kriminalität und Terrorismus alimentieren können; die sichere Lagerung und Verwaltung trägt zur Verhütung von Explosionen in und von Munitionslagern bei. Beide Aspekte sind zentral für die Förderung und Erhaltung von Frieden und Sicherheit. Im Unterschied zur humanitären Minenräumung und der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels liegt die Munitionsverwaltung jedoch in einer Grauzone und ist durch keine spezifischen politisch oder juristisch verbindlichen multilateralen Abkommen geregelt.

Vor diesem Hintergrund hat die Schweiz im November 2015 eine diplomatische Initiative lanciert. An einem konsultativen Treffen in Genf hat sich ein überregionales Interesse an der Thematik bestätigt. In der ersten Phase arbeitet die Schweiz nun im Rahmen einer offenen Gruppe interessierter Staaten an konkreten Massnahmen zur verbesserten Umsetzung bestehender Munitionsverwaltungsstandards. Im Dezember 2016 soll ein zweites internationales Treffen in Form eines technischen Workshops in Genf stattfinden.

Mit dieser Initiative verfolgt die Schweiz einen sektorübergreifenden Ansatz. Einerseits vereint die Initiative dank der engen Zusammenarbeit zwischen EDA und VBS militärische, diplomatische sowie weitere Experten aus relevanten Staaten und Organisationen. Andererseits strebt die Schweiz an, mit einem umfassenden Ansatz vorbeugend Konflikte zu verhindern oder zu entschärfen, indem der illegale Zugang zu Gewaltmitteln während ihres gesamten Lebenszyklus erschwert wird. Minen, Munition und Waffen können in diesen Kontexten nicht mehr klar voneinander getrennt betrachtet werden und integrierte Ansätze sind notwendig, um die Gefahren für die Zivilbevölkerung umfassend zu reduzieren. Diesen umfassenden Ansatz wird die Schweiz auch in die Neuauflage ihrer Kleinwaffenstrategie für die Periode 2017-2020 aufnehmen.

#### [Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA](#)

Anina Mathis

[anina.mathis@eda.admin.ch](mailto:anina.mathis@eda.admin.ch)

Programmverantwortliche

#### [links](#)

- [Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten \(EDA\)](#)
- [Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport \(VBS\)](#)

---

dossier

# Das Engagement der Schweiz für einen verantwortungsvollen internationalen Waffenhandel

Der im Dezember 2014 in Kraft getretene Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) regelt erstmals völkerrechtlich verbindlich den internationalen Waffenhandel mit dem Ziel, zu Frieden sowie internationaler und regionaler Sicherheit und Stabilität beizutragen. Die Schweiz hat sich aktiv an den Verhandlungen beteiligt und konnte insbesondere im Hinblick auf den Stellenwert des humanitären Völkerrechts, den Geltungsbereich des Vertrags und exportkontrolltechnische Fragen auf den Vertragstext Einfluss nehmen. Sie trug wesentlich zur Regelung bei, dass sämtliche Waffentransfers auf Risiken für Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte geprüft werden und dass Exporte zwingend zu unterbinden sind, wenn diese für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verwendet werden könnten. Zudem hat sich die Schweiz mit einer Gruppe von Staaten für die Aufnahme von

Kleinwaffen und leichten Waffen in den Geltungsbereich des ATT eingesetzt.

Die im ATT festgelegten gemeinsamen Normen für die Kontrolle von grenzüberschreitenden Transfers konventioneller Waffen sowie Kooperationsmassnahmen zur Bekämpfung deren Proliferation setzen einen neuen Standard im Kampf gegen den unkontrollierten Waffenhandel. Die Schweiz nimmt deshalb auch bei der Umsetzung des Vertrags eine aktive Rolle ein. Sie unterstützt die Umsetzung des ATT in Ländern, die noch nicht über funktionierende Ein- und Ausfuhrkontrollen verfügen, indem sie finanzielle Mittel und Expertise für Schulungsprogramme zur Verfügung stellt. Durch regionale Seminare in besonders betroffenen Regionen sowie durch die Unterstützung der Teilnahme finanziell schwacher Länder an den Konferenzen der ATT-Vertragsstaaten fördert sie die Universalität des ATT.

Die Schweiz ist darüber hinaus Gaststaat des ständigen Sekretariats des ATT. Mit dem am Standort Genf vorhandenen Wissen in den Bereichen Sicherheits-, Menschenrechts- und Handelspolitik und dem dichten diplomatischen Netzwerk bietet er vorteilhafte Bedingungen für eine inklusive und effektive Umsetzung.

[Staatssekretariat für Wirtschaft \(SECO\)](#)

André Mittmann

[andre.mittmann@seco.admin.ch](mailto:andre.mittmann@seco.admin.ch)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

[links](#)

- [SECO: Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik](#)

---

dossier

# Der Waffenhandelsvertrag und die Schweiz: Ein humanitärer Meilenstein?



Aktion zur Eröffnung der ATT-Konferenz in Genf, August 2016. Amnesty International Schweiz

Als der Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) Ende 2014 in Kraft getreten ist, wurde das als grosser Erfolg für die internationale Zivilgesellschaft gefeiert. Über zwanzig Jahre lang hatten sich Organisationen wie Amnesty International und Control Arms für ein Abkommen zur Kontrolle des internationalen Waffenhandels eingesetzt. Allerdings wird sich erst bei der Umsetzung durch die Vertragsstaaten zeigen, ob aus dem ATT tatsächlich ein humanitärer Meilenstein wird oder ob er ein zahnloser Papiertiger bleibt. Da das ATT-Sekretariat und die jährliche Konferenz der Vertragsstaaten seit 2016 in Genf beheimatet sind, kommt der Regierung und der Zivilgesellschaft in der Schweiz in dieser Frage eine besondere Verantwortung zu.

Der ATT setzt erstmals international verbindliche Standards für die Kontrolle des globalen Handels mit konventionellen Waffen und Munition. Er verbietet Waffenlieferungen in ein Land, wenn ein grosses Risiko besteht, dass mit diesen Waffen schwere Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begangen werden. Der Vertrag soll zu „internationalem und regionalem Frieden, Sicherheit und Stabilität beitragen“ sowie „menschliches Leid verhindern“.

Die Schweiz hatte bei der Entwicklung des ATT eine positive Rolle gespielt; unter Federführung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) hatte sie sich in den schwierigen internationalen Verhandlungen für einen „möglichst starken und effektiven“ Text eingesetzt. Die Entwicklungen danach legen jedoch nahe, dass die Schweizer Interessen weniger der Friedenspolitik galten als dem Rüstungsstandort. Nach Unterzeichnung des ATT hat die Schweiz ihre Rüstungsexportkontrolle zwei Mal gelockert:

Im März 2014 senkte das Parlament die Exportkontrolle auf das Niveau des ATT: Das Verbot, Waffen in Länder zu exportieren, welche die „Menschenrechte systematisch und schwerwiegend“ verletzen, kann aufgehoben werden, wenn die exportierten Waffen nicht direkt dabei eingesetzt werden. Im April 2016 nahm der Bundesrat eine abenteuerliche Neuauslegung der Kriegsmaterialverordnung vor: Das Verbot, Waffen in Länder zu liefern,

die in einen „internen bewaffneten Konflikt verwickelt“ sind, soll nur noch dann gelten, wenn der Konflikt im Bestimmungsland selber herrscht.

Exportkontrolle lockern statt stärken: Mit dieser Politik torpediert die Schweiz ihre Rolle als Vorbild, die sie als Gastgeberin des ATT unbedingt einnehmen sollte. Zwar haben bereits 130 Staaten den ATT unterzeichnet und 87 ihn ratifiziert, aber für eine strikte Umsetzung braucht es den politischen Willen der Regierungen. Um die Ziele des Vertrags zu erreichen, sind das Engagement der Zivilgesellschaft und eine kritische Begleitung der ATT-Verhandlungen auf lange Sicht hin nötig.

### [Amnesty International Schweiz](#)

Patrick Walder

[p.walder@amnesty.ch](mailto:p.walder@amnesty.ch)

Kampagnenkoordinator

### links

- [Amnesty International Schweiz](#)
- [Arms Trade Treaty Sekretariat](#)
- [Amnesty International. Applying the Arms Trade Treaty to ensure the protection of human rights. Februar 2015](#)

---

dossier

# Der Waffenhandelsvertrag aus feministischer Sicht

Aus feministischer friedenspolitischer Sicht stehen Rüstungsexporte grundsätzlich im Widerspruch zur Politik «Menschlicher Sicherheit», die nicht-militärische Bedrohungen wie soziale Ungleichheit, Menschenrechtsverletzungen, Armut und Hunger verringern will. Der Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) ist das erste international rechtlich bindende Instrument überhaupt, das dieser Asymmetrie etwas entgegensetzt: Sein Ziel ist es, menschliches Leid durch verbindliche Waffenhandel-Standards zu vermindern.

Der cfd als feministische Friedensorganisation setzt sich gegen jegliche geschlechtsspezifische Gewalt (Gender based violence, GBV) ein, sei sie physischer oder psychischer Natur. Insbesondere Kleinwaffen spielen eine fatale Rolle im Zusammenhang mit GBV, wie sexualisierter Kriegsgewalt und häuslicher Gewalt. Waffenbesitz ist nicht geschlechtsneutral; er widerspiegelt gewaltfördernde Macht- und Geschlechterverhältnisse und ist noch immer stark mit der traditionellen Vorstellung von Männlichkeit verknüpft: Doch fortschrittliche Männer bräuchten schon längst keine Waffen mehr, um ihre Männlichkeit zu demonstrieren. Mit Schusswaffen werden jedoch weiterhin Stereotypen zementiert, Frauen bedroht und traumatisiert. Schusswaffen erhöhen zudem

die Gewaltbereitschaft drastisch. Entsprechend belegen international vergleichende Studien, dass die physische Sicherheit und das Sicherheitsgefühl steigen, wenn die Verfügbarkeit von Waffen eingeschränkt wird.

Gemäss Artikel 7 des ATT ist der Handel mit Waffen unter anderem dann illegal, wenn diese Waffen dazu benutzt werden, schwere geschlechtsspezifische Gewalt zu erleichtern oder zu fördern. Nur durch eine konsequente Einhaltung der Vertragsbestimmungen kann gewährleistet werden, dass GBV und andere Gewaltformen, die menschliches Leid verursachen, vermindert werden.

Gemeinsam mit anderen NGOs fordert der cfd daher die strikte Umsetzung des seit April 2015 auch für die Schweiz geltenden Waffenhandelsvertrags. Die Schweiz als Sitzstaat des Sekretariats trifft da eine besondere Pflicht.

[cfd](#)

Sarah Diack

[sarah.diack@cfd-ch.org](mailto:sarah.diack@cfd-ch.org)

Programmverantwortliche Friedenspolitik

[links](#)

- [Feministische Friedenspolitik der cfd](#)
- [Aktivitäten der cfd zum Waffenhandelsvertrag](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Mapping Arms Data: Visualisierung des weltweiten Waffenhandels

Mapping Arms Data ist eine Visualisierung des weltweiten Waffenhandels, die vom Peace Research Institute Oslo (PRIO) in Zusammenarbeit mit dem Igarapé Institut produziert wurde. Die zugrunde liegende Datenbank enthält über 35'000 Einträge von Exporten und Importen von kleinen Waffen und Munition aus über 262 Ländern zwischen 1992 und 2012.

Die eindrucksvolle dreidimensionale Veranschaulichung erlaubt es dem Betrachter, den Handel verschiedener Güter wie militärischen und zivilen Waffen sowie Munition einfach nachzuvollziehen. Über ein Menü kann man spezifisch die Handelsflüsse anzeigen lassen, für welche man sich interessiert. Leuchtende Verbindungslinien mit sich bewegenden, strahlenden Punkten unterschiedlicher Stärke versinnbildlichen die Intensität des Handels zwischen Ländern rund um den Globus.

Das Mapping Arms Data Projekt ist spielerisch zu erfahren, was die Ernsthaftigkeit des Themas etwas vergessen lässt. Auf jeden Fall ist es ein gelungenes und nützliches Tool zur Darstellung des weltweiten Waffenhandels.

[links](#)

- [Mapping Arms Data - Visualisierung des Waffenhandels](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Datenbank zu ATT-relevanten Aktivitäten

Der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) ist ein multilaterales Abkommen, das den internationalen Waffenhandel reguliert. Die vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) betriebene Webseite „Mapping ATT-relevant Cooperation and Assistance Activities“ unterstützt die Vertragsstaaten bei der Informationsbeschaffung und Dokumentation der weltweiten Aktivitäten zum ATT.

Die von verschiedenen Ländern und Akteuren erarbeiteten Prozesse und Informationen sollen in der Datenbank gesammelt und anderen zur Verfügung gestellt werden. Die Datenbank, die vorläufig Subsahara-Afrika sowie Lateinamerika und die Karibik umfasst, kann mit spezifischen Abfragen nach vordefinierten Kriterien, wie der Art der Aktivität oder den involvierten Partnerorganisationen durchsucht werden. Mit dieser Unterstützungsleistung können Lernprozesse beschleunigt und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

ATT-Assistance ist eine mächtige und interaktive Plattform und sollte von möglichst vielen ATT-Vertragsstaaten genutzt werden, um Länder mit schwachen Verwaltungsinstitutionen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

[links](#)

- [Datenbank zu ATT-relevanten Aktivitäten \(auf Englisch\)](#)

---

erfahren sie mehr darüber

# Der Schweizerische Kriegsmaterialexport auf dem Prüfstand

Der Schweizerischen Kriegsmaterialexport führt regelmässig zu kontroversen Debatten. Eine sachliche und informative Diskussionsgrundlage ist demnach unerlässlich. Der unabhängige Think-Tank foraus – Forum Aussenpolitik – hat mit seinem Diskussionspapier „Der Schweizerische Kriegsmaterialexport auf dem Prüfstand“ eine solche geliefert. Obwohl die Studie bereits vor vier Jahren publiziert wurde, erörtert sie immer noch die beständigen umstrittenen Punkte der Schweizerischen Kriegsmaterialgesetzgebung.

Verschiedene Aspekte des gesetzlichen Rahmens werden gründlich diskutiert und mögliche Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Insbesondere wird auf den Export von Kriegsmaterial in Problemländer, den Bewilligungsprozess, und Neutralitätsgesichtspunkte eingegangen. Gefordert wird schliesslich, die Nichtwiederausfuhrerklärungen strikt anzuwenden und Verstösse zu sanktionieren, ebenso wie eine transparente und klare Kommunikation des Bundes.

Für eine sachliche und präzise Debatte ein wertvolles Nachschlagewerk.

[links](#)

- foraus. Der Schweizerische Kriegsmaterialexport auf dem Prüfstand. Diskussionspapier Nr.10. April 2012

---

aktuell

## swisspeace / KOFF

### Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“

Nationale Dialoge gelten immer mehr als vielversprechender Ansatz, um politische Konflikte und Nachkriegssituationen inklusiv zu lösen. Sie können vor, während oder nach Friedensverhandlungen durchgeführt werden und bieten einen Raum, um über Probleme von nationaler Bedeutung zu diskutieren und Vertrauen zwischen den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung zu schaffen. Da sie auf nationaler Ebene geführt werden, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Teilhabe, Zusammengehörigkeit und Legitimität.

Zusammen mit der Berghof Foundation bietet swisspeace den Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“ an. Dieser gewährt Einblicke darin, wie Prozesse für einen Nationalen Dialog verstanden, entwickelt und unterstützt werden können, bietet ein Training zur Verbesserung der Dialog- und Mediationsfähigkeiten und liefert kritische Betrachtungen der Lehren, die aus vergangenen Fällen gezogen werden können. Er zielt auch darauf ab, eine Praxisbezogene Gemeinschaft aufzubauen.

Der Kurs findet vom 13. bis 17. Februar 2017 in Basel statt und kann als Modul im Rahmen der Nachdiplomstudiengänge in ziviler Friedensförderung (CAS, DAS und MAS) von swisspeace und der Universität Basel belegt werden. Anmeldeschluss ist der 30. November 2016.

#### [swisspeace](#)

Ursina Bentele  
ursina.bentele@swisspeace.ch  
Program Officer, Training

#### [links](#)

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung bis 30. November 2016](#)

## Training „Theories of Change in Fragile Contexts“

Obwohl Theorien des Wandels sowohl in Strategien als auch Projektdokumentationen vermehrt Anwendung finden, wird ihr Potential noch nicht vollkommen ausgeschöpft. Im Zentrum des swisspeace Trainings „Theories of Change in Fragile Contexts“ steht das Aufstellen von „guten“ Theorien des Wandels, die den PraktikerInnen dabei helfen, ein vertieftes Verständnis ihrer eigenen Programme und deren Auswirkungen zu erhalten.

Kursteilnehmende lernen die Konzepte der Theorien des Wandels zu verstehen und mit ihnen zu arbeiten. Anhand von praktischen Übungen entwickeln sie Theorien des Wandels auf unterschiedlichen Ebenen und erfahren, wie man sie in der Planungs-, Monitorings- und Evaluationsphase von Projekten anwendet. Zudem lernen sie selbst eigene Ideen zu entwickeln, um Theorien des Wandels als Instrument für das organisationale Lernen und die Bewältigung von Komplexität zu nutzen.

Das Training findet vom 1. bis 3. Februar 2017 in Basel statt und kann als Modul im Rahmen der Nachdiplomstudiengänge in ziviler Friedensförderung (CAS, DAS und MAS) von swisspeace und der Universität Basel belegt werden. Anmeldeschluss ist der 30. November 2016.

#### [swisspeace](#)

Franziska Sigrist  
franziska.sigrist@swisspeace.ch  
Head, Training

#### [links](#)

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung bis 30. November 2016](#)

## Neueste Publikationen von swisspeace

Die Arbeitsgruppe der Schweizer feministischen und auf Frauenrechte spezialisierten NGOs führte 2015 eine Reflexion über die UN-Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit. In diesem Rahmen organisierte sie drei Workshops zu Syrien, Bosnien und Herzegowina und der Schweiz. Die Erkenntnisse aus diesen Gesprächen sind nun in einem Bericht zusammengeführt. Dieser zivilgesellschaftliche Alternativbericht, der erste seiner Art, macht eine unabhängige Standortbestimmung der Umsetzung des Schweizer Nationalen Aktionsplans (NAP) 1325 und zeigt neue Handlungsmöglichkeiten für eine gendergerechte Friedensförderung auf.

Das neueste swisspeace Working Paper "Conflict Sensitivity: Taking it to the Next Level" ist das Produkt einer kritischen Auseinandersetzung vierzig internationaler ExpertInnen mit dem Ziel, die Analyse, Diskussion und Lösungsansätze zum Thema Konfliktsensitivität auf eine neue Stufe zu stellen. Beiträge von führenden Forschenden bieten sowohl eine kritische Retroperspektive, als auch aktuelle Politikdebatten, Abhandlungen zur Umsetzung von konfliktsensitivem Verhalten von Unternehmen, sowie Aufsätze zu Konfliktsensitivität als möglichem Ansatz für die sektorenübergreifende Friedensförderung.

### links

- [Arbeitsgruppe 1325. Frauen Frieden Sicherheit – Reloaded. 2016](#)
- [Sabina Handschin, Eric Abitbol, Rina Alluri \(eds.\). Conflict Sensitivity: Taking it to the Next Level. swisspeace Working Paper. Juni 2016](#)

---

aktuell

# Trägerorganisationen

Weiterbildungsangebot (CAS) in Kunst und internationaler Zusammenarbeit

Welche Rollen kann Kunst im Kontext von Wiederaufbau und Friedensförderung spielen? Können künstlerische Strategien dazu beitragen, gesellschaftliche Trennungen aufzulösen und sozialen Wandel voranzubringen? Wie lässt sich künstlerische Arbeit mit Konfliktsensitivität verbinden? Von welchem Kunstbegriff soll man in der internationalen Zusammenarbeit ausgehen?

Seit 2012 stehen diese Fragen im Zentrum der Tätigkeit von artasfoundation, der Schweizer Stiftung für Kunst in Konfliktregionen. In Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule der Künste und einem internationalen Netzwerk von PraktikerInnen hat sie nun das Weiterbildungsangebot „Arts and International Cooperation“ (CAS) entwickelt, das den Rahmen für eine experimentelle Auseinandersetzung mit einem Tätigkeitsfeld bietet, in dem Theorien und Praktiken der zeitgenössischen Kunst, der humanitären Arbeit und internationalen Zusammenarbeit zusammenkommen. Der CAS richtet sich sowohl an MitarbeiterInnen von staatlichen Organisationen und NGOs als auch an Kunst- und Kulturschaffende.

Erfolgreich absolvierte Module aus dem CAS können als Teilleistung in den Weiterbildungsstudiengängen (MAS/CAS) von swisspeace angerechnet werden. Auch eine Anrechnung in die umgekehrte Richtung ist möglich.

#### [artasfoundation](#)

Dr. Marcel Bleuler

[marcel.bleuler@artasfoundation.ch](mailto:marcel.bleuler@artasfoundation.ch)

Mitarbeiter der Geschäftsstelle

#### [links](#)

- [artasfoundation](#)
- [CAS in Kunst und internationaler Zusammenarbeit \(auf Englisch\)](#)
- [Anmeldung bis am 27. November 2016](#)

---

aktuell

# Internationale Partnerorganisationen

## Conciliation Resources: Neuerungen im kolumbianischen Friedensprozess

Kolumbien erlebte während der vergangenen fünfzig Jahre einen der weltweit langwierigsten und gewalttätigsten Konflikte mit über 200'000 Toten, tausenden Fällen von Verschwindenlassen und Entführungen sowie nahezu sieben Millionen vertriebenen

Menschen. Nach fast vier Jahren Friedensverhandlungen in Havanna kündigten die kolumbianische Regierung und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) im Juni 2016 eine historische Waffenstillstandsvereinbarung an. Im Bericht „Innovations in the Colombian peace process“ führen Conciliation Resources und NOREF einige Neuerungen und Entwicklungen auf, die zu der Vereinbarung geführt haben und für Friedensprozesse andernorts wichtig sein könnten. Dazu gehören die klare Abgrenzung der Friedensverhandlungen vom Friedensprozess, die Fokussierung der Gespräche auf die Rechte der Opfer, die Thematisierung struktureller Probleme der ländlichen Entwicklung, die Schaffung einer Gender-Subkommission sowie die frühzeitige Planung der Umsetzung, lange bevor die Vereinbarung unterzeichnet wird.

#### links

- [Conciliation Resources, NOREF. Innovations in the Colombian peace process. Juni 2016](#)

## PeaceLab2016-Blog

„PeaceLab2016: Krisenprävention weiter denken“ ist eine Plattform, um die Entwicklung der neuen Leitlinien der deutschen Bundesregierung für Krisenengagement und Friedensförderung zu diskutieren. Die Redaktion des Blogs liegt beim Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin; das Projekt wird vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt.

Der Deutsche Außenminister Steinmeier forderte zum Auftakt der Debatte um die neuen Leitlinien am 5. Juli in Berlin, man solle „offen diskutieren, wo wir bereits gut arbeiten und wo und wie wir noch besser und effizienter werden können“. Dazu werden auf dem Blog regelmässig Beiträge von Experten aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie einer breiteren Öffentlichkeit veröffentlicht. In einer Infomail hält Sie die Redaktion wöchentlich über kommende spannende Beiträge auf dem Laufenden.

#### links

- [PeaceLab2016-Blog](#)
- [Infomail abonnieren](#)

## Verantwortliches Handeln von Unternehmen in Konflikten – Ein Lernprojekt von CDA

Internationale Akteure schreiben dem Privatsektor in konfliktbetroffenen Staaten vermehrt eine Rolle in der Friedensförderung zu. Für Unternehmen, die ihre Projekte nahe bewaffneter Gruppen realisieren, ist die Einhaltung ihrer Verpflichtung zu verantwortlichen Geschäftsstandards jedoch eine Herausforderung. Noch schwieriger ist die Einschätzung, ob sie indirekt Konfliktparteien finanzieren, inwiefern Gemeinschaften vor Gewalt geschützt werden können und mit wem sie in einem stark polarisierten Umfeld und unter

dem Druck bewaffneter Gruppen zusammen arbeiten können. All das erschwert auch die Einschätzung einer möglichen Zusammenarbeit mit FriedensakteurInnen. Es gibt aktuell kaum Erkenntnisse oder Leitlinien, wie Unternehmen in Konfliktregionen ihren Einfluss auf die Konfliktdynamik, die menschliche Sicherheit und die Friedensbemühungen gezielt lenken können. Das gemeinsame Lernprojekt von CDA entwickelt praktische, evidenzbasierte Ressourcen für das verantwortliche Handeln von Unternehmen in Konflikten. Interessensbekundungen zum Projekt oder Informationen zu wichtigen Ressourcen sind willkommen.

#### [CDA Collaborative Learning Projects](#)

Dost Bardouille

[dbardouille@cdacollaborative.org](mailto:dbardouille@cdacollaborative.org)

Geschäftsleiterin

#### [links](#)

- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Weitere Informationen zum Projekt \(auf Englisch\)](#)

---

agenda

# Bevorstehende Veranstaltungen

5. September 2016

Luzern, Schweiz

#### [Politik aktuell – Gespräch zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung](#)

Sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) realisierbar? Welche Konsequenzen hat die Agenda 2030 für die Verhältnisse der Frauen und Mädchen? Welche Rolle hat die DEZA und die Schweizer Zivilgesellschaft bei der internationalen Umsetzung? Wie werden die SDGs in den Schweizer Kontext übersetzt? Diese und weitere Fragen werden unter der Leitung des Journalisten Andreas Zumach von Vertreterinnen von Alliance Sud sowie der DEZA diskutiert.

[Weitere Informationen](#)

---

Bis 10. September 2016

Barcelona, Spanien

[Kurs von CDA Collaborative Learning Projects](#)

Die Organisation CDA Collaborative Learning Projects veranstaltet einen 5-tägigen Kurs zu systemischen Ansätzen zur Friedensförderung und Konfliktanalyse. Der Kurs „Systems Approaches in Peacebuilding – Reflecting on Peace Practice II“ findet vom 10. bis 14. Oktober 2016 in Barcelona statt.

[Weitere Informationen und Anmeldung bis 10. September 2016](#)

---

Bis 15. September 2016

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum Kurs „Business, Conflict and Human Rights“](#)

Wie können Unternehmen in instabilen Konfliktgebieten verantwortlich agieren? Im in Zusammenarbeit mit SAFESTAINABLE von swisspeace organisierten Kurs „Business, Conflict and Human Rights“ wird diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Modernste internationale Standards bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wege, wie Unternehmen diese umsetzen können, werden diskutiert. Der Kurs beleuchtet die Rollen und Strategien von Unternehmen, Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Förderung verantwortungsvoller Geschäftspraktiken. Er findet vom 10. bis 12. November 2016.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 15. September 2016](#)

---

17. September 2016

Bern, Schweiz

### [Informationsveranstaltungen von PBI und PWS](#)

Wie kann man sich für Menschenrechte einsetzen? Peace Brigades International (PBI) und Peace Watch Switzerland (PWS) organisieren zu dieser Frage eine Informationsveranstaltung in Bern. Geboten werden Infos zur konkreten Freiwilligenarbeit in der Schweiz und im Ausland, zu Schulungen sowie zur Struktur der Organisationen. Eine weitere Informationsveranstaltung findet am 1. Oktober 2016 in Zürich statt.

[Weitere Informationen](#)

[Kontakt](#)

---

21. September 2016

Basel, Schweiz

### [Internationaler Tag des Friedens](#)

Gibt es eine Ästhetik der Gewaltlosigkeit? Anlässlich des Internationalen Tages des Friedens widmen sich drei Kenner der Kunstszene und der Konfliktforschung dieser Frage in einer Diskussion an der Universität Basel. Diese Veranstaltung wird von swisspeace in Partnerschaft mit dem NCCR eikones und der Universität Basel durchgeführt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

[Weitere Informationen](#)

[Kontakt](#)

---

23. bis 24. September 2016

Basel, Schweiz

### [Einführungsmodul des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung](#)

Das Einführungsmodul des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 findet vom 23. bis 24. September statt. Der auf PraktikerInnen mit akademischem Hintergrund zugeschnittene Kurs dauert 21 Tage über ein Jahr verteilt. Er vermittelt ein ganzheitliches Verständnis der zivilen Friedensförderung, setzt sich kritisch mit Friedensförderungspraktiken auseinander und berücksichtigt aktuelle Forschungsergebnisse.

[Weitere Informationen](#)

---

14. bis 15. Oktober 2016

Basel, Schweiz

### [Themenblock des CAS: Peacebuilding & Statebuilding](#)

Der Themenblock „Peacebuilding & Statebuilding“ findet vom 14. bis 15. Oktober im Rahmen des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

---

27. Oktober 2016

Bern, Schweiz

### [KOFF Rundtisch zu Kolumbien](#)

KOFF organisiert im Oktober einen Rundtisch zu Kolumbien. Der Austausch mit einer Delegation der kolumbianischen Partnerorganisationen des Friedensförderungsprogramms (FFP) widmet sich dem Thema: Zivilgesellschaftliches Handeln im Friedensprozess – Friedenskonstruktion von unten.

[Weitere Informationen](#)

---

3. November 2016

Bern, Schweiz

### [Rundtisch zum Thema Kunst und Friedensförderung](#)

Am 3. November organisiert KOFF in Zusammenarbeit mit artasfoundation einen Rundtisch zum Thema Kunst und Friedensförderung. Teilnehmende sind die Tänzerin und Kulturschaffende Meret Schlegel, Vesna Matkovic von International Alert und Dagmar Reichert von der artasfoundation.

[Weitere Informationen](#)

---

Bis 30. November 2016

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum Training „Theories of Change in Fragile Contexts“](#)

Im Zentrum des swisspeace Trainings „Theories of Change in Fragile Contexts“ steht das

Aufstellen von "guten" Theorien des Wandels, die den PraktikerInnen dabei helfen, ein vertieftes Verständnis ihrer eigenen Programme und deren Auswirkungen zu erhalten. Das Training findet vom 1. bis 3. Februar 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2016](#)

---

Bis 30. November 2016

Basel, Schweiz

### [Anmeldung zum Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“](#)

Zusammen mit der Berghof Foundation bietet swisspeace den Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“ an. Dieser gewährt Einblicke, wie Prozesse für einen Nationalen Dialog verstanden, entwickelt und unterstützt werden können, bietet ein Training zur Verbesserung der Dialog- und Mediationsfähigkeiten und liefert kritische Betrachtungen der Lehren, die aus vergangenen Fällen gezogen werden können. Der Kurs findet vom 13. bis 17. Februar 2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2016](#)

---

2. bis 3. Dezember 2016

Basel, Schweiz

### [Themenblock des CAS: Business & Peace](#)

Der Themenblock „Business & Peace“ findet vom 2. bis 3. Dezember 2016 im Rahmen des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 statt.

[Weitere Informationen](#)

---

5. bis 9. Dezember 2016

Berlin, Deutschland

### [Steps for Peace: designing trainings for peacebuilding](#)

Trainings und Seminare in Friedensförderung, Konflikttransformation und Konfliktmanagement durch internationale und nationale Fachkräfte sind zentraler Bestandteil des Kapazitätsaufbaus von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Krisenregionen. Oft unterstützen internationale Fachkräfte nationale Partnerorganisationen bei deren Bildungsvorhaben. Mit dem Training „Designing trainings for peacebuilding“ vermittelt Steps for Peace eine Übersicht über praktische Grundkompetenzen zu Analyse, Planung und Durchführung von Bildungsmassnahmen in schwierigen Kontexten.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung](#)

---

27. bis 28. Januar 2017

Basel, Schweiz

## Themenblock des CAS: Dealing with the Past

Der Themenblock „Dealing with the Past“ findet vom 27. bis 28. Januar 2017 im Rahmen des CAS von swisspeace in ziviler Friedensförderung 2016/2017 statt.

### Weitere Informationen

---

Dieses PDF wurde automatisch generiert.  
Lesen sie à propos: [www.swisspeace.ch/apropos](http://www.swisspeace.ch/apropos)

---

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Marie Seidel, Stephan Kyburz
Layout	Liliana Rossier
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Demonstration der «Control Arms» Koalition vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York, Juli 2012. Creative Commons, Control Arms Coalition/Andrew Kelly

## KOFF

Kompetenzzentrum Friedensförderung  
Centre pour la promotion de la paix  
Centre for Peacebuilding

---

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Quaker United Nations Office
APRED	GSoA	Schweizerische Flüchtlingshilfe
artasfoundation	HEKS	Schweizerischer Friedensrat
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerischer Katholischer Frauenbund
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerisches Rotes Kreuz
Caritas Schweiz	Institute for Conflict Transformation and Peacebuilding	SCI Schweiz
Caux - Initiativen der Veränderung	IFOR-Schweiz	Solidar Suisse
cfd	Interpeace	SOS Kinderdorf
DCAF	Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Eirene Schweiz	medico international schweiz	Swiss Academy for Development
Fastenopfer	Medienhilfe	SWISSAID
Fondation Hironnelle	mission 21	Terre des Femmes Schweiz
FriedensFrauen Weltweit	miva Schweiz - transportiert	terre des hommes schweiz
Frauen für den Frieden Schweiz	Hilfe	TRIAL
Gesellschaft für bedrohte Völker	Palmyrah	World Vision Schweiz
Geneva Call	Peace Watch Switzerland	
Graines de Paix	Peace Brigades International	